

**Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika (MAKSA)**  
c/o Dr. Markus Braun, Simrockstr. 21, 50823 Köln marx-braun@gmx.de

**Solidarische Kirche im Rheinland (SoKi)**  
c/o Rita Horstmann, Deutz-Mülheimer-Str. 199, 51063 Köln  
soki.rheinland@arcor.de – Internetseite: www.solidarischekirche.de

## **Memorandum**

# **Rassistische Strukturen in den Beziehungen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) beenden**

Zur Auslandsarbeit der EKD anlässlich  
der Vollversammlung des ÖRK 2022 in Karlsruhe

Der Exekutivausschuss des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) hat angesichts zunehmender Fremdenfeindlichkeit und zunehmenden Rassismus' weltweit beschlossen, die Überwindung von Rassismus in den Vorbereitungen auf die nächste Vollversammlung im und darüber hinaus zu einem wichtigen Arbeitsschwerpunkt zu machen.

Die Mitglieder des Mainzer Arbeitskreises Südliches Afrika (MAKSA) und der Solidarischen Kirche im Rheinland (SoKi) verstehen sich nicht nur als Teil ihrer Regionalkirchen, sondern auch der Weltkirche und sehen im ÖRK den bisher deutlichsten Ausdruck für eine ökumenische Kirche.

Im September 2022 wird die Vollversammlung des ÖRK in Karlsruhe stattfinden.

Mit der Tatsache, dass die Vollversammlung zum ersten Mal in Deutschland tagt, verbinden wir die Hoffnung auf einen starken Impuls für die EKD und ihre Gliedkirchen, sich aufs Neue ihrer ökumenischen Gemeinschaft bewusst zu werden und zu begreifen, welche Chancen aber auch Verpflichtungen sich daraus ergeben.

Die EKD als eine Gastgeberin der Vollversammlung ist eine der größten und finanzstärksten Mitgliedskirchen im ÖRK. Sie wird sich erwartungsgemäß bemühen, eine gute Gastgeberin zu sein. Sie wird sich auch ökumenisch offen und engagiert präsentieren. Zu fragen aber ist, in wieweit die augenblicklichen Reformvorstellungen der EKD mit ihren Strukturen diesem Anspruch gerecht werden. An vielen Stellen in der EKD ist gegenwärtig zu beobachten, dass die Wertschätzung der ökumenischen Bewegung und des ÖRK abgenommen hat.

Zum Beispiel enttäuscht uns sehr, dass in dem von der Synode im November 2020 verabschiedeten Reformpapier der EKD „Hinaus ins Weite – Kirche auf gutem Grund“ die weltweite Ökumene gar nicht erst in den Blick kommt und der Ökumenische Rat nicht einmal erwähnt wird. Die Begriffe „Ökumene“ und „Mission“ werden auf innerdeutsche Verhältnisse verkürzt.

Auch die sogenannte „Auslandsarbeit“ der Kirche bleibt EKD-zentriert. Eine ökumenische Öffnung ist nicht vorgesehen. Statt in ökumenischem Kontext finden die Reformbestrebungen der EKD in problematischen staats- beziehungsweise landeskirchlichen Strukturen statt.

## **Die Auslandsarbeit der EKD ist in kolonialen Strukturen gefangen**

Wie sehr die EKD in tradierten rassistischen Strukturen verharret, wird besonders an ihrer sogenannten „Auslandsarbeit“ sichtbar, d.h. an ihrem „Dienst an evangelischen Christen deutscher Sprache oder Herkunft im Ausland“. Dieser gewichtige Bestandteil der gesamten EKD-Aktivitäten ist bis heute in kolonialen Strukturen gefangen.

Die koloniale Prägung der EKD-Auslandsarbeit hat eine lange Tradition. Die erste Vorgängerorganisation der EKD, der Deutsche Evangelische Kirchenausschuss (DEK), wurde 1903 gegründet, vor allem als zentrale Stelle zur Betreuung deutscher Auswanderer und Siedler in den deutschen Kolonien. Damit begab sie sich und ihre Auslandspartner in ein verhängnisvolles Bündnis mit der deutschen Kolonialmacht und ihren Bestrebungen für ein „größeres Deutschland“. Als die einheimischen Bevölkerungen der Besetzung des damaligen Deutsch-Südwestafrika Widerstand leisteten, kam es zu dem bis heute weder in Politik noch Kirche aufgearbeiteten Völkermord an den Herero und Nama. Die Folgen sind bis heute u. a. in der ungerechten Landverteilung sichtbar.

Im April 2017 hat der Rat der EKD im Hinblick auf dieses Verbrechen zwar eine Schulderklärung verabschiedet. Diese wurde aber nicht in der Synode diskutiert. Sie richtet sich nicht an die Opfer und die Frage der Wiedergutmachung wird nicht angesprochen. Der Deutschen Evangelischen Kirche in der Republik Namibia (DELK), die im Rahmen der Auslandsarbeit bis heute vertraglich mit der EKD verbunden ist, ging sogar diese unzureichende Schulderklärung zu weit und sie distanzierte sich davon.

Die Auslandsarbeit der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK), der Rechtsvorgängerin der EKD, war 1945 praktisch am Ende. Sie hatte sich nicht zuletzt durch die weitgehende Beteiligung an der rassistischen Auslandspolitik während der Naziherrschaft so stark kompromittiert, dass ihr Fortbestand gefährdet war. Erst das Stuttgarter Schuldbekennnis von 1945 machte eine Versöhnung mit Vertretern des entstehenden Ökumenischen Rats möglich, sodass die EKD 1948 Mitglied des ÖRK werden konnte.

Dennoch griff die Auslandsarbeit der EKD bei ihrer Neugründung auf die kolonialen Strukturen der DEK von 1903 zurück. Sie baute sie – neben und außerhalb der vom ÖRK neu gewährten Ökumenischen Gemeinschaft - rasant aus und machte sie zu einem gewichtigen Faktor in der Gesamtarbeit der EKD.

Das Übergewicht der Auslandsarbeit wird am bis heute gültigen Ökumene-Gesetz der EKD deutlich, das zuletzt 2017 geändert wurde: Nur die Paragraphen 2 bis 4 behandeln weltweite Beziehungen, die Paragraphen 5 bis 20 regeln bis auf den Paragraphen 6 den „Dienst an evangelischen Christen deutscher Sprache und Herkunft“.

Das bedeutet: die Auslandsarbeit der EKD wird überwiegend bestimmt von den bilateralen Interessen der EKD.

### **Die pseudo-ökumenischen weltweiten Verbindungen der EKD**

Im Rahmen der weltweiten ökumenischen Verbindungen sind die „Partnerkirchen“ keineswegs gleichberechtigt. Der Struktur und Praxis liegen bis heute Vorstellungen aus der Zeit der Kolonisierung und Missionierung zugrunde: Das Kirchenamt der EKD ist direkt verantwortlich für die Beziehungen zu den über 100 Auslandsgemeinden sowie zu einigen Kirchen deutscher Sprache oder Herkunft im südlichen Afrika. Zudem bestehen Beziehungen zu Kirchen in Südamerika, die von deutschen Einwanderern begründet wurden, sowie zu Kirchen in Europa und den USA. Dagegen laufen die Beziehungen zu den Kirchen in den ehemaligen Missions- und Kolonialgebieten nur indirekt über die deutschen Missionswerke zu den jeweiligen Landeskirchen. Diese pflegen ihrerseits auch direkte Verbindungen zu Kirchen in Europa und den USA.

Zwar haben Missionswerke der Landeskirchen in den letzten Jahren versucht, innerhalb ihrer Strukturen mehr Gleichberechtigung zu schaffen, doch blieb die grundsätzliche Aufteilung bestehen: Beziehungen zu Kirchen in Europa und USA direkt über die Landeskirchenämter – Beziehungen zu Kirchen in den ehemaligen Missions- und Kolonialgebieten über die Missionswerke.

Diese Parallelstruktur „ökumenischer“ Beziehungen – die auf der EKD-Ebene auch noch unterschiedliche Gewichtungen und Qualifizierungen haben – trägt dazu bei, dass sich die

EKD der ökumenischen Gemeinschaft faktisch entzieht. Sie weicht auf die Arbeit mit den Auslandsgemeinden als vorgeblich ökumenische Arbeit aus - eine quasi hauseigene „Sonderökumene“. So weltweit der Horizont erscheinen mag, tatsächlich ist und bleibt er deutsch und EKD-zentriert. Die weltweite ökumenische Gemeinschaft bekommt lediglich eine periphere Bedeutung. Man kann sich ihrer gelegentlich bedienen, sie ist aber nicht wirklich verpflichtend. Wir, Solidarische Kirche und MAKSA, sehen in dieser Form der „weltweiten, ökumenischen Verbindungen“ der EKD eine stark verkrustete und rückständige Form des strukturellen Rassismus.

Mit dieser Form des Rassismus haben sich einige von uns als Mitglieder des Mainzer Arbeitskreises Südliches Afrika (MAKSA) besonders im Hinblick auf die Beziehungen der EKD zu den „deutschen Kirchen im Südlichen Afrika“ schon seit fast 50 Jahren kritisch auseinandergesetzt. MAKSA hat stets dafür plädiert, diese Verbindungen, die Apartheid faktisch sanktionierten und sie auch weiterhin in der Kirche realisieren, zu beenden.

Durch den unveränderten Fortbestand dieser rassistischen Strukturen trägt die EKD dazu bei, dass die *strukturelle Apartheid* auch nach ihrem politischen Ende in den deutschsprachigen Kirchen des südlichen Afrika, besonders in Namibia, weiterbesteht.

### **Ausblick auf die Vollversammlung des Ökumenischen Rats 2022**

*Wir appellieren an die EKD und fordern:*

- die sogenannte „Auslandsarbeit“ in ihrer jetzigen Gestalt aufzulösen
- den „Dienst an evangelischen Christen deutscher Sprache oder Herkunft im Ausland“ in einen ökumenischen Kontext in Gemeinschaft mit der jeweils örtlichen oder regionalen beziehungsweise der weltweiten Ökumene zu überführen.
- die strukturelle und praktische Geringschätzung des ÖRK zu beenden und stattdessen ernsthaft und engagiert der Verpflichtung nachzukommen, die sich aus der Mitarbeit in der ökumenischen Gemeinschaft und der Mitgliedschaft im ÖRK ergibt.

Wir hoffen, dass für die EKD die Vollversammlung Impuls und Anlass ist, die ökumenischen Defizite in unserer Kirche zu beseitigen und ihre Beziehungen neu zu ordnen.

Dadurch können auch unsere Kirchen und Gemeinden in Deutschland Hilfe und Anregungen entdecken, die sich aus der ökumenischen Gemeinschaft für ihr Bemühen um eine weltweite zukunftsfähige Kirche ergeben.

März 2021

Für die Solidarische Kirche im Rheinland und den Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika:  
Frauke Heiermann und Markus Braun

*Die Solidarische Kirche im Rheinland ist eine Gruppe von ca. 180 Mitgliedern in der Tradition der Bekennenden Kirche im „Dritten Reich“, für die das Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zentral ist.*

*Der MAKSA setzt sich seit 1972 zusammen mit anderen Solidaritätsgruppen in Deutschland für Gerechtigkeit in den Beziehungen zum Südlichen Afrika ein. Die meisten Mitglieder von MAKSA haben dort jahrelang gelebt und gearbeitet. Gründungsort war Mainz.*